

Klimaschutz nach der Coronakrise: Was bleibt, was wird?

Nora Weinberger, Surya Ruff, Nevin Karademir, Marius Albiez, Markus Winkelmann und Oliver Parodi

Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu deren Eindämmung beeinflussen seit mehr als eineinhalb Jahren Gesellschaft und Wirtschaft massiv – nicht nur hierzulande, sondern weltweit. Noch immer sind die langfristigen sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Folgen schwer abzusehen. Sie stehen deshalb im Fokus wissenschaftlichen Interesses, insbesondere auch der Technikfolgenabschätzung und Nachhaltigkeitsforschung. Über Teilergebnisse zum Thema Klimaschutz einer am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) am KIT durchgeführten Zeitstudie zu den gesellschaftlichen Folgen der Coronakrise wird im Folgenden berichtet.

Die Zeitstudie im Überblick

Ausgehend vom Krisenbegriff machten sich bereits kurze Zeit nach Ausbruch der Pandemie Akteure aus Wirtschaft [1], Zivilgesellschaft [2], Politik [3] und Wissenschaft [4] daran, die Corona- und die sogenannte Klimakrise zu vergleichen und deren Wechselwirkungen in den Blick zu nehmen. Dabei stellt sich im Kern die Frage, ob durch die Coronakrise die negativen gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels verstärkt oder ob die Pandemieinduzierten Geschehnisse und daraus abgeleiteten Erkenntnisse zu einem Umsteuern in Politik und Gesellschaft führen werden.

Die Coronakrise und deren Auswirkungen sind darüber hinaus Gegenstand der anwendungsorientierten Forschung, beispielsweise im Feld der Technikfolgenabschätzung oder der Nachhaltigkeitsforschung. So wird am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) am KIT das Projekt „Gesellschaftliche Folgen der Coronakrise – eine Zeitstudie“ durchgeführt [5]. Ziel des Projekts ist es, mittel- und langfristig relevante Fragestellungen und Wandlungstendenzen, die sich aus der aktuellen Krise für Politik, Gesellschaft und Wissenschaft ergeben, zu identifizieren, aber auch deren Lösungsansätze zu diskutieren. Denn ob unsere Gesellschaft, wir, aus dieser Krise etwas lernen und handlungsfähiger daraus hervorgehen können, hängt davon ab, welche Zukunftsperspektiven entwickelt und verfolgt werden.

Das methodische Herzstück des Projekts bilden zwei Online-Umfragen aus der Mitte der Jahre 2020 und 2021, welche sich an Experten

richteten, die sich in ihrem beruflichen Tun mit Zukunftsfragen befassen. Die Experten wurden gebeten, 21 Thesen zu drängenden Themen quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche – auch zum Klimaschutz – hinsichtlich ihrer politischen und zeitlichen Relevanz sowie ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit zu bewerten. In einer zweiten Umfragerunde wurde über eine Auswahl von 11 der 21 Thesen aus der ersten Umfragerunde möglichen Änderungen in der Einschätzung nach einem Jahr Pandemie nachgegangen.

Im Folgenden werden Teilergebnisse der Studie zum Thema Klimaschutz vorgestellt. Als Grundlage dienen zwei Thesen aus der ersten Online-Umfrage [6], welche sowohl die Rücknahme von als auch die Investition in Klimaschutzmaßnahmen in den Mittelpunkt stellen.

Methodik und Empirie

Die beiden konsekutiven Befragungen zu grundlegenden Thesen wurden zum überwiegenden Teil im Rahmen einer mehrstufigen Diskussion mit Forschenden am ITAS entwickelt. Darüber hinaus wurden sieben Thesen aus dem RTF-Delphi „Post-Corona 2025+“ des Zukunftsbüros des BMBF vom Frühjahr 2020 herangezogen [7]. Zusätzlich gab es in der ersten Umfragerunde eine offene Abschlussfrage zu Empfehlungen für die Bundeskanzlerin: „Stellen Sie sich vor, Sie könnten Angela Merkel mit Blick auf die Folgen der Coronapandemie drei zentrale Ratschläge, Wünsche oder Hinweise geben.“

Zu jeder These wurden jeweils die Eintrittswahrscheinlichkeit, die politische Relevanz

sowie die mutmaßliche Wirkungsdauer des entsprechenden Themas abgefragt. Darüber hinaus konnten die Teilnehmenden über ein Freifeld ihre Argumente für die persönliche Bewertung äußern.

Die erste Erhebung wurde im Juli und August 2020 online über einschlägige deutschsprachige Fachnetzwerke für Technikfolgenabschätzung, Transformations- und Zukunftsforschung herangezogen. Insgesamt haben 389 Personen die Befragung vollständig oder teilweise ausgefüllt (daraus ergeben sich die unterschiedlichen Größen der Stichprobe n bei den einzelnen Thesen). Die Auswertung der quantitativen Elemente erfolgte mittels deskriptiver Verfahren auf Basis der Statistiksoftware (SPSS). Die Aufbereitung der mehr als 2.000 Eingaben in das Freifeld zur Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit wurden vorwiegend mit MAXQDA zur computergestützten qualitativen Daten- und Textanalyse vorgenommen.

Coronakrise und Klimaschutz – Zwei Thesen, viele Antworten

Im Folgenden stellen wir ausgewählte Ergebnisse der Umfrage für zwei Thesen mit Bezug zum Klimaschutz vor.

Die Corona-bedingte Rezession wird zu einer Rücknahme ökologischer und klimaschützender Maßnahmen führen, um die Wirtschaft zu fördern. Klimaziele werden nach 2020 weit verfehlt werden. (These 3)

Nahezu zwei Drittel der Antwortenden (61 %) schätzen es als eher wahrscheinlich (39 %)

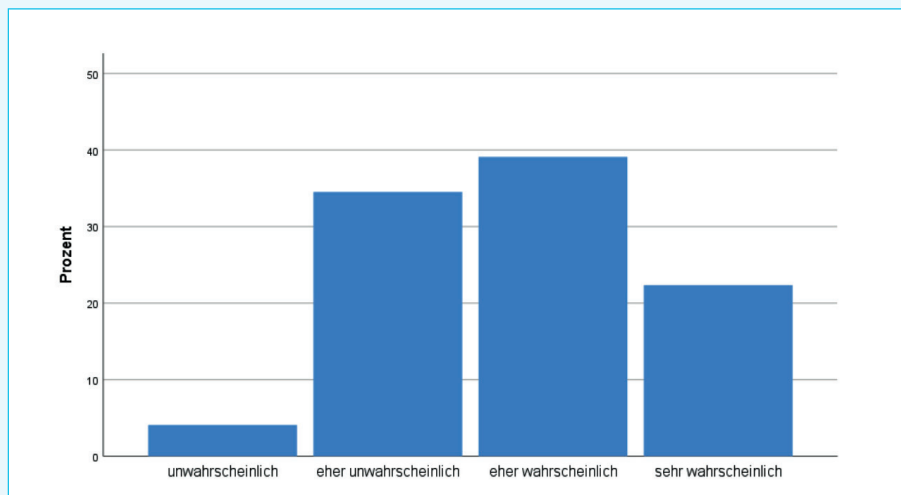


Abb. 1 These „Rücknahme Klimaschutzmaßnahmen“: Eintrittswahrscheinlichkeit (n=197)

oder sogar sehr wahrscheinlich (22 %) ein, dass die Corona-bedingte Rezession zu einer Rücknahme ökologischer und klimaschützender Maßnahmen führt, um die Wirtschaft zu fördern und dass die Klimaziele nach 2020 weit verfehlt werden (siehe Abb. 1).

Begründet wird diese Bewertung vor allem damit, dass der primäre politische Fokus auf ökonomischem Wachstum, Begrenzung der Arbeitslosigkeit sowie Bewältigung von Wirtschaftskrisen liege. Zudem wird betont: „Das Argument des Vorrangs wirtschaftlicher Entwicklung vor ökologischen Zielen gewinnt in Rezessionen immer an Bedeutung“. So werden laut den befragten Experten vorrangig Modelle und Programme der wirtschaftlichen Förde-

rung und Unterstützung gewählt, die vor allem das Überleben der großen Konzerne (als große Arbeitgeber) im Modus „business as usual“ gewährleisten sollen. Außerdem sei die Klimakrise „durch Corona in den Hintergrund gerückt, da die Coronakrise eine greifbarere und akutere Bedrohung“ darstelle.

Die politische Relevanz dieser These wird dementsprechend als sehr hoch eingeschätzt. Der Mittelwert der Antworten (auf einer Skala von 1 bis 10) von über 8,2 ist ein klares Signal an die Politik, hier gestaltend einzugreifen (siehe Abb. 2). Tatsächlich wird den beiden Thesen zum Klimaschutz unter allen 21 Thesen die höchste politische Relevanz zugesprochen.

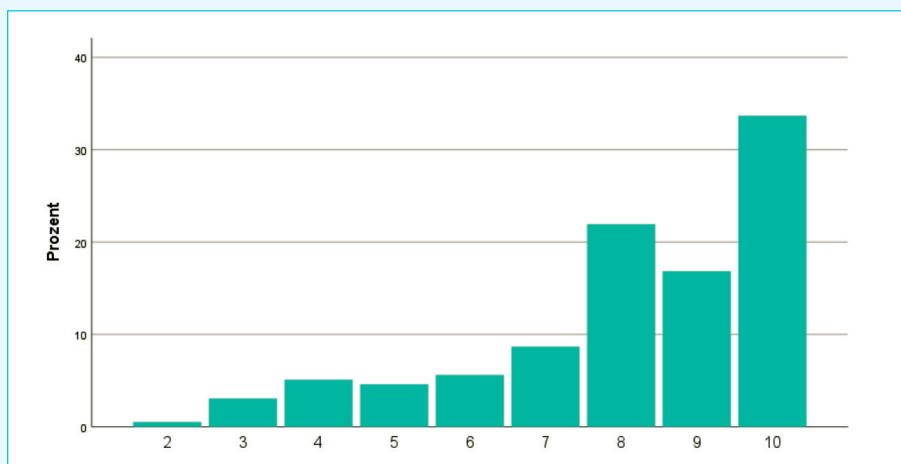


Abb. 2 These „Rücknahme Klimaschutzmaßnahmen“: Politische Relevanz (n=196), Skala: 1 (nicht relevant) bis 10 (sehr relevant)

So weisen die Befragten in ihren fiktiven Empfehlungen an die Bundeskanzlerin auch darauf hin, dass über die Coronapandemie andere Krisen nicht vergessen werden dürften. Der Klimaschutz müsse als zentrales Ziel weiter gestärkt, die klimapolitischen Ziele dürften nicht außer Acht gelassen werden. Einer Aussage nach sei das Klima sogar wichtiger als die Pandemie. Man müsse den Klimawandel jetzt konsequent ernstnehmen und die Klimawandelbewältigung als oberste Handlungsmaxime ansehen. Es bräuhete, so einige der Befragten, daher „echte[n] Klimaschutz“ und eine „ganzheitliche zeitnahe Energiewende“. Die Pandemie sei eine Chance für einen wirklichen Umbau. Beispielsweise habe die Coronakrise gezeigt, wie umfassend das Leben der Menschen geändert werden könne, also wären auch größere Veränderungen durch Klimaschutz möglich. Es sei wichtig, allgemein mehr in vorsorgendes Handeln und Denken zu investieren, um auf Katastrophen vorbereitet zu sein.

Etwas mehr als ein Drittel der Antworten (39 %) sehen die in der These beschriebenen Entwicklungen als eher unwahrscheinlich (35 %) oder unwahrscheinlich (4 %) an. Diese Einschätzung wird vordergründig mit der Veränderung des Bewusstseins für Klimaschutzthemen in der Gesellschaft, der zunehmenden Spürbarkeit von Auswirkungen des Klimawandels sowie mit bereits stattfindenden Verhaltensänderungen begründet. Beispielsweise sehen die Experten eine wachsende „Flugscham“, größeres Interesse an heimatnahen Reisen sowie ganz allgemein eine steigende Sensibilität für das eigene, individuelle Handeln. Ergänzt wird dies mit der Einschätzung, dass die derzeit getroffenen Maßnahmen mit Blick auf den Klima- und Umweltschutz als ausgewogen erscheinen. Auch habe die Coronakrise zu einer Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber (gesellschaftlich mitbedingten) „Naturkatastrophen“ geführt, die unser Leben und Wirtschaften unmittelbar und gravierend verändern können. Nicht zuletzt sind die Befragten auch der Meinung, dass die Coronakrise das Vertrauen in die Wissenschaft eher verstärkt habe.

Einige Länder werden ihre Nach-Corona-Wirtschaftshilfen gezielt auf Klimaschutzmaßnahmen konzentrieren, andere weniger. Mittelfristig werden diejenigen Länder und Unternehmen wirtschaftlich Erfolg haben, die auf Klimaschutz setzen. (These 14)

Eine sehr hohe Zahl der befragten Personen (78 %) hält diese These für sehr (30 %) bzw. eher (48 %) wahrscheinlich (siehe Abb. 3). Nach Ansicht der Teilnehmenden sei dies eine „Frage der Logik“. Klimaschutz werde ein weltweites Langfristthema bleiben. So wird auch die politische Relevanz dieses Themas als enorm hoch eingeschätzt. Der Mittelwert(!) der Antworten liegt mit 8,2 (auf einer Skala von 1 bis 10) so hoch wie bei keiner anderen der 21 Thesen, und ein Drittel der Antwortenden vergeben der politischen Relevanz dieses Themas gar eine glatte „10“ (siehe Abb. 4). Einhelliger kann eine Antwort kaum ausfallen.

Die Auswirkungen des Klimawandels würden sich künftig auch verstärkt wirtschaftlich niederschlagen. Der Bedarf an Maßnahmen für Klimaschutz werde jedes Jahr drängender. Damit bleibe der Transformationsdruck auch auf die Wirtschaft erhalten. Eine frühe Anpassung und Transformation bringe entsprechende Entwicklungs- und Marktvorteile mit sich. Diese würden sich wiederum positiv auf den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen und der Staaten auswirken – aber auch auf die Lebensqualität von Gesellschaft sowie der Mitarbeiterschaft. Klimaschutz sei ein „klassischer Wirtschaftsfaktor“.

Die damit verbundenen Investitionen würden einen wirtschaftlichen Erfolg nach sich ziehen. Demzufolge gelte: „[W]er früh dabei ist, sichert sich einen Platz an der Spitze der Entwicklung“. Laut den Antwortenden könnten Länder nur durch Klimaschutzmaßnahmen die Zukunft meistern und durch Vorsorge die Folgen des Klimawandels eindämmen und zukunftsfähig bleiben. Die Frage, ob mittelfristige Wirtschaftshilfen eingesetzt werden oder nicht, hänge u.a. davon ab, wie stark nationale Ökonomien von der Krise betroffen seien und wieviel Solidarität (z.B. im europäischen Raum) vorhanden sei. Übergrei-

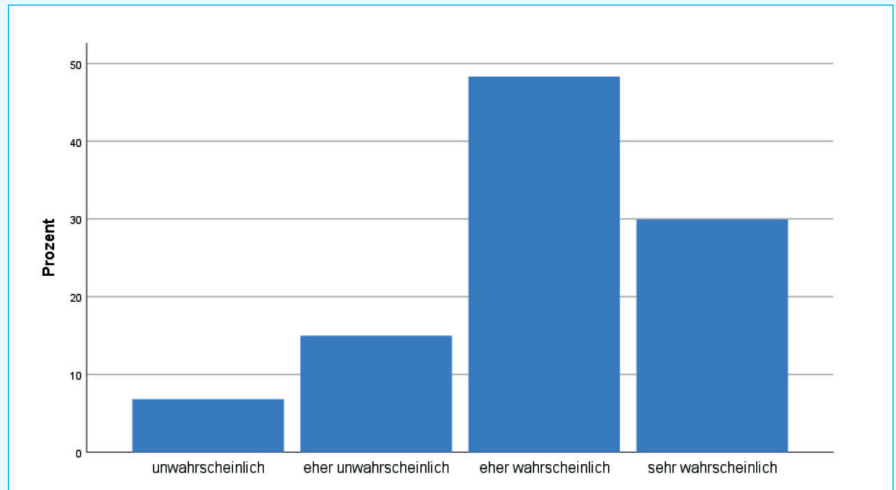


Abb. 3 These „Wirtschaftshilfe Klimaschutz“: Eintrittswahrscheinlichkeit (n=147)

fend sei nach Ansicht der Teilnehmenden jedoch zu bedenken, dass der wirtschaftliche Erfolg von viel mehr Variablen abhängt, als nur der Orientierung am Klimaschutz. Wichtig wäre es zudem nach Ansicht vieler Befragten, den Klimaschutz „auf die Basis ‚Abkehr vom Wachstum‘ zu stellen“. So appellieren einige der Zukunftsforschenden, dass der ordnungspolitische Klimaschutz vom wirtschaftlichen Erfolg entkoppelt werden müsse.

Zu bemerken ist des Weiteren, dass die Befragten in ihren Kommentaren zu dieser Klimaschutzthese die Begriffe „Resilienz“, „Effizienz“ und „Nachhaltigkeit“ besonders

hervorheben. Investitionen in „Effizienz- und Resilienzmaßnahmen“ seien langfristig entscheidend, da auf diese Weise Länder und Unternehmen einen technologischen Vorsprung erhalten würden, den sie später auch exportieren könnten. Durch die Corona-Krise sei das Thema Klimaschutz „nur“ weiter forciert worden; es hätten sich Angriffspunkte für einen Systemwechsel ergeben.

Darüber hinaus kritisieren die Befragten in ihren Kommentaren beispielsweise, dass es möglicherweise zu wenig Länder geben wird, die konsequent auf Klimaschutz setzen. Maßnahmen von einzelnen Ländern seien ungenügend. In Zukunft werde es in-

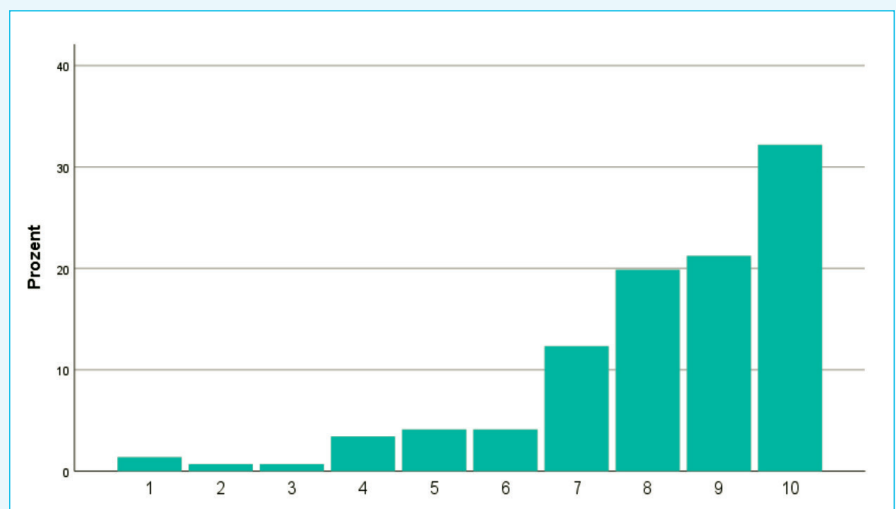


Abb. 4 These „Wirtschaftshilfe Klimaschutz“: Politische Relevanz (n=146), Skala: 1 (nicht relevant) bis 10 (sehr relevant)

ternationale Sanktionen geben (müssen). Auch werde es schwerer sein, gegen den Willen der Wissenschaft und der Bevölkerung zu handeln, weil die Bevölkerung immer mehr „zur Besinnung“ und zur politischen Mündigkeit kommen würde.

Lediglich 22 % der Teilnehmenden halten den Eintritt der in der These beschriebenen Entwicklungen für eher unwahrscheinlich (15 %) bzw. unwahrscheinlich (7 %). Zunächst führt diese Antwortgruppe an, dass die Folgen des Klimawandels eben nicht vom wirtschaftlichen Erfolg alleine abhängen und auch keine nationalen Grenzen kennen würden, sondern der wirtschaftliche Erfolg mit vielerlei anderen Faktoren wie z.B. natürlichen Gegebenheiten oder von der Industriestruktur verknüpft sei.

Einige Antwortende sind der Ansicht, die These könne für einzelne Länder, wie z.B. Deutschland stimmen, bei denen es aufgrund der besonders günstigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen (Wirtschafts- und Innovationskraft, Technologie-Unternehmen etc.) einen solchen Schub geben werde. Die Ausgangslage und die Betroffenheit der Länder seien jedoch global sehr unterschiedlich. Daneben argumentieren einige der Befragten, dass die Klimakrise unabhängig von Ländern und politischen Grenzen zu Umbrüchen führen werde. Beanstandet wird dabei, dass nicht einmal Deutschland sich gezielt auf Klimaschutz konzentriere, sondern lediglich „ein paar wenige steuernde Maßnahmen in dieser Richtung ergreif[e]“. Das künftige politische Handeln sei dementsprechend besonders entscheidend. Interessant ist, dass auch bei Bewertungen der These als „unwahrscheinlich“ oder „eher unwahrscheinlich“ Wirtschaftswachstum als oberstes Ziel in Frage gestellt wird. Die Konsummuster und das Verhalten (bzw. die Marktnachfrage) zu ändern, stelle aber eine große Herausforderung dar. Daher seien gemeinschaftliche Anstrengungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen erforderlich.

Mit Blick auf die Daten der zweiten Umfragerunde, die etwa ein Jahr nach der ersten erfolgte, zeigt die vorläufige Auswertung der ersten im Beitrag diskutierten These „Rücknahme Klimaschutzmaßnahmen“ (These 3) eine Verschiebung bei der Einschätzung der

Eintrittswahrscheinlichkeit. So sind nach einem weiteren Jahr Coronakrise die Teilnehmenden im Sommer 2021 deutlich eher der Ansicht, dass die in der These beschriebene Entwicklung nicht eintreten wird und Klimaschutz sich als durchaus robust erweist. Gründe für diese Verschiebung der Einschätzung könnten eventuell in Konjunkturprogrammen der EU für klimaschonende Modernisierung der Produktion und Sanierungsprogramme für energiesparendes Wohnen liegen, die mittlerweile öffentlich debattiert wurden, oder aber im parteienübergreifenden Bekenntnis zum Klimaschutz des zur Zeit der zweiten Umfrage beginnenden Bundestagswahlkampfes.

Kurzes Fazit und Ausblick

Zusammenfassend gilt, dass die Mehrzahl der beteiligten Zukunftsforschenden Klimaschutzmaßnahmen auch in der Coronapandemie eine äußerst hohe politische Relevanz zuweist. Zudem wird von der überwiegenden Mehrheit der Befragten eine Rücknahme ökologischer sowie klimaschützender Maßnahmen durch die Corona-bedingte Rezession befürchtet. Die Ergebnisse zeigen darüber hinaus sehr eindringlich, dass die Themen „Klimaschutz“ und „Wirtschaft“ von den Expertinnen und Experten in ihren Argumentationen fast vorbehaltlos miteinander verknüpft werden. Beispielsweise ist eine überwiegende Mehrheit der Zukunftsforschenden der Ansicht, dass mittelfristig diejenigen Länder und Unternehmen wirtschaftlich Erfolg haben werden, die konsequent und frühzeitig auf Klimaschutz setzen.

Noch ist die Studie zu den gesellschaftlichen Folgen der Coronakrise nicht abgeschlossen, derzeit werden die Daten der zweiten Umfragerunde qualitativ und quantitativ weiter ausgewertet. Anschließend sollen dann für Politik und Gesellschaft relevante Ergebnisse der Umfragen und dort geäußerte Lösungsansätze in transdisziplinären Workshops mit entsprechenden Akteuren weiter diskutiert werden. Die finalen Ergebnisse werden dann sowohl für den weiteren wissenschaftlichen Diskurs aufbereitet als auch Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

Literatur

- [1] McKinsey & Company: McKinsey on Risk. Special edition: The COVID-19 crisis (2020).
- [2] Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft: Grüner Marshallplan für Deutschland. Wie notwendige Wirtschaftshilfen die Coronakrise abfedern und die ökologische Transformation beschleunigen können. Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag von Greenpeace. Berlin, März 2020.
- [3] Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag: Positionspapier: Klimaschutz – eine Stütze der Konjunktur. München, 24. April 2020.
- [4] Schneidewind, U.; Fishedick, M.: Folgen der Coronakrise und Klimaschutz – Langfristige Zukunftsgestaltung im Blick behalten. Diskussionspapier. Wuppertal, März 2020.
- [5] Zur Projektbeschreibung: https://www.its.kit.edu/projekte_paro20_gesfolcor.php, letzter Aufruf: 03.11.2021.
- [6] Weinberger, N.; Schmieder, L.; Ruff, S.; Pfeiffer, J.; Parodi, O.; Albiez, M.; Hager, H.: Gesellschaftliche Folgen der Coronakrise – eine Zeitstudie. Zwischenergebnisse – Stand November 2020. Online abrufbar unter: https://www.its.kit.edu/downloads/projekt/projekt_paro20_gesfolcor_erste_ergebnisse_2020-11.pdf, letzter Aufruf: 03.11.2021.
- [7] Glockner, H.; Grünwald, C.; Bonin, D.; Irmer, M.; Astor, M.; Klaus, C.; Hornik, A.; Spalthoff, F.: Langfristige Chancen und Herausforderungen infolge der Coronapandemie. Eine Einschätzung von Expertinnen und Experten mittels Delphi-Methode (2020).

N. Weinberger, S. Ruff, N. Karademir, M. Albiez, M. Winkelmann und O. Parodi, Forschungsgruppe „Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Transformation“, Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)
oliver.parodi@kit.edu